



---

## Niederschrift über die öffentliche 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, 07.07.2016  
Beginn: 14:00 Uhr  
Ende: 14:50 Uhr  
Ort: im Landratsamt Bamberg, großer Sitzungssaal

---

### Anwesenheitsliste

#### **Vorsitzender**

Pfister, Johann

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Geheeb, Helga  
Hummel, Alexander  
Merzbacher, Jonas  
Müllich, Barbara  
Reinfelder, Sigrid  
Saal, Andreas  
Thomann, Josef  
Weigler, Andrea

#### **Weitere stimmberechtigte Mitglieder**

Bezold, Otto  
Dippold, Werner  
Strelov, Sabine  
Will, Franz

#### **Beratende Mitglieder**

Golly, Christian  
Hittinger, Klaus  
Kühnlein, Matthias  
Melhorn, Michael Dr.  
Pflaum, Barbara  
Schuhmann, Stefanie  
Tytyk, Hans-Jürgen  
Waschner, Martin

Vertretung für Frau Elfriede Hohenald-Bogner

#### **Verwaltung**

Davids, Mario  
von Plettenberg, Uta

Ohlmann, Diana, Auszubildende und Schriftführerin

Rieger, Harald, FT

**Abwesende Personen:**

**Weitere stimmberechtigte Mitglieder**

Busch, Klaus	entschuldigt
Schäfer, Fred	entschuldigt

**Beratende Mitglieder**

Hohenald-Bogner, Elfriede	
Petrich, Uwe	entschuldigt

# Tagesordnung

## Öffentliche Sitzung

- 1** Förderung von Projekten der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII; Hauswirtschaftsservice **2016/0303**  
Berichterstattung: Davids, Mario
- 2** Entwicklung im Bereich unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge **2016/0304**  
Berichterstattung: Tytyk, Hans-Jürgen
- 3** Jugendsozialarbeit an Schulen: Sachstand zur Jugendsozialarbeit an den Staatlichen Berufsschulen Bamberg **2016/0305**  
Berichterstattung: Davids, Mario
- 4** Sonstiges  
Berichterstattung: Tytyk, Hans-Jürgen

Stellv. Landrat Johann Pfister eröffnet um 14:00 Uhr die öffentliche 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

## Öffentliche Sitzung

### **1 Förderung von Projekten der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII; Hauswirtschaftsservice**

Herr Davids trägt den Sachbericht vor. Er berichtet, dass arbeitslose Jugendliche im Alter von 16 bis 25 Jahren, die den Anschluss an das Berufsleben verloren haben, die Zielgruppe des Projektes sind. Die pauschale Förderung des Projektes ist als Wertschätzung der Bemühungen des Trägers sich dieser Zielgruppe anzunehmen, zu verstehen.

In der anschließenden Aussprache erkundigte sich Kreisrat Merzbacher nach der Höhe der finanziellen Beteiligung der Stadt Bamberg. Hierzu liegen in der Sitzung keine Kenntnisse vor, es wird vereinbart dies im Protokoll mitzuteilen. Die Förderung der Stadt Bamberg beträgt 3.500 €.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss bestätigt im Rahmen der Jugendhilfeplanung das Projekt

**„Hauswirtschaftsservice“ des Sozialdienstes Katholischer Frauen e.V.**

als notwendig und geeignet.

Das Projekt wird in der Förderperiode vom 01.01.2017 – 31.12.2017 mit 5.000 € unterstützt.

**einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0 Anwesend 13 Persönlich Beteiligt 0**

### **2 Entwicklung im Bereich unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge**

Herr Tytyk berichtet, dass die Zahl der im Landkreis Bamberg betreuten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (einschließlich Volljähriger, die noch Jugendhilfe erhalten), 106 beträgt.

Große Probleme bereitet zwischenzeitlich die bundesweite Verteilung, die November 2015 begann. Da seit sieben Monaten keine umF in Bayern mehr neu untergebracht werden, leeren sich die stationären Einrichtungen und die ersten Schließungen von Heimen stehen im Landkreis Bamberg in absehbarer Zeit an. Damit fällt zeitverzögert auch das Modell der dezentralen Unterkunft für umF, da die Nachfrage wegbrechen wird. Es kann bereits jetzt festgestellt werden, dass es für wegfallende Plätze keinen Ersatz geben wird, da die Träger der Heime nicht bereit sind, sich nochmals auf ein solches Risiko einzulassen. Die komplette Weiterverteilung aller umF an andere Bundesländer zerstört die im Jahr 2015 aufgebaute Infrastruktur.

## **Beschluss:**

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

**zur Kenntnis genommen Anwesend 13**

### **3 Jugendsozialarbeit an Schulen: Sachstand zur Jugendsozialarbeit an den Staatlichen Berufsschulen Bamberg**

Herr Davids berichtet, dass die gfi als einziger Träger Interesse an der Übernahme des Projektes „Jugendsozialarbeit an den staatlichen Berufsschulen“ gezeigt hat. Auf Grund des Träger Profilst die gfi geeignet für diese Aufgabe.

## **Beschluss:**

Die Übernahme der Trägerschaft durch die gfi GmbH für die Projekte der Jugendsozialarbeit an allen drei Staatlichen Berufsschulen wird vom Jugendhilfeausschuss befürwortet. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der staatlichen Förderrichtlinien tätig zu werden.

**einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0 Anwesend 13 Persönlich Beteiligt 0**

### **4 Sonstiges**

#### 4.1 Neue Entwicklungen im Bereich der Jugendhilfe

Herr Tytyk berichtet, dass die Leistungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sind in unterschiedlichen Sozialleistungssystemen geregelt sind. Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien 2013 vereinbart, dass die Jugendhilfe zu einem inklusiven Hilfesystem weiterentwickelt und die Schnittstellen in den Leistungssystemen so überwunden werden sollen, dass Leistungen für Kinder mit Behinderungen und für ihre Eltern möglichst aus einer Hand erfolgen können.

Nach Ankündigung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend soll nun spätestens 2016 der Referentenentwurf zu einer SGB VIII Reform vorgelegt werden. Dieser Entwurf wird wahrscheinlich weitreichende Veränderungen der bisherigen Gesetzeslage vorsehen. So soll u.a. die sog. „Inklusive Lösung im SGB VIII“ mit Aufnahme aller Kinder und Jugendlichen, auch der geistig und körperlich Behinderten, in den Regelungsbereich des SGB VIII erfolgen.

Geplant ist offenbar die Verabschiedung des Reformpakets mit dem Ende der 18. Legislaturperiode 2017.

Eine Übertragung dieser zusätzlichen Aufgaben auf die Jugendämter würde zu einer erheblichen Vergrößerung des Fachbereichs Jugend und Familie mit allen damit verbundenen Konsequenzen (Personal, Räume) führen.

#### 4.2 Personalsituation im Fachbereich Jugend und Familie

Für den Aufgabenbereich Beistandschaft besteht seit längerer Zeit ein ungedeckter Personalbedarf in Höhe einer Halbtagsstelle. Infolge dieses seit bereits mehreren Jahren bestehenden personellen Defizits besteht eine nicht unerhebliche Arbeitsüberlastung, wodurch es daher zu Verzögerungen in der Bearbeitung und längeren Wartezeiten für die Klienten kommt.

Im Bereich des Sozialen Dienstes gibt es ebenfalls einen Personalfehlbedarf. Diese zeigten sich seit längerem durch die starke Zunahme der Fallbelastung des Sozialen Dienstes sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. In fast allen Arbeitsbereichen ist, entsprechend der jährlichen Statistik, im Zeitraum der letzten 5 Jahre eine Fallsteigerung von mehr als 25 % zu verzeichnen. Es wurde darauf hin in Zusammenarbeit mit der Personalstelle eine Personalbedarfsberechnung durchgeführt. Die Personalbemessung für den Sozialen Dienst ist nun fertig gestellt. Das Ergebnis zeigt einen Fehlbedarf von 5,44 Vollzeitstellen.

Zusätzlich muss angemerkt werden, dass für den Fachbereich dringend eine Verwaltungskraft für ein „Sekretariat“ des Fachbereichs notwendig ist. Von Bürgern wird immer wieder beklagt, dass die Mitarbeiter telefonisch schwer erreichbar wären. Dies ist auch der Fall, da die Mitarbeiter viele Außendiensttermine und Beratungstermine im Amt haben, wo man telefonisch nicht erreichbar ist. Hier kann eine Verwaltungskraft telefonisch Auskunft geben.

Das Ergebnis dieser Personalbemessung wird in die Beratung des Stellenhaushalts 2017 eingebracht. Soweit der Stellenbedarf nicht gedeckt werden kann, wird sich der Jugendhilfeausschuss mit Alternativlösungen befassen müssen. Diese wären z.B. Ausgliederung von Aufgaben oder bewusste Senkung von Standards.

#### 4.3 Stelle Kreisjugendpflege

In der Vollversammlung des Kreisjugendrings am 14. April fasste dieser mehrheitlich den Beschluss mit dem Landratsamt zu verhandeln, ob und zu welchen Bedingungen eine Übernahme der kommunalen Jugendarbeit durch den Kreisjugendring möglich ist.

Die Verwaltung wird sich nun mit Kämmerei und Kreisjugendring verständigen, welche Gestaltungsmöglichkeiten es gibt. Bei erfolgreichen Verhandlungen wird ein Vorlagebeschluss für den Kreistag vorgelegt werden.

#### 4.4 Änderung der Besetzung des Jugendhilfeausschusses

Als beratendes Mitglied war bisher Frau Hohenadl-Bogner bestellt. Als neues Mitglied wurde Frau Stephanie Roth, die neue Leiterin der Erziehungsberatungsstelle, benannt. Der Kreistag wird einen entsprechenden Beschluss zur Änderung der Besetzung fassen.

#### **Beschluss:**

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

**zur Kenntnis genommen Anwesend 13**

Stellv. Landrat Johann Pfister bedankt sich für die Sitzungsteilnahme und schließt um 14:50 Uhr die öffentliche 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Johann Pfister  
Stellv. Landrat

Diana Ohlmann  
Schriftführer/in